Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/1265
05. 05. 95

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 10. Mai 1995 am Donnerstag, dem 11. Mai 1995

Verzeichnis der Fragenden

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft

1. Abgeordnete
Dr. Uschi Eid
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erstellt die Bundesregierung als Träger der Raumordnungsplanung eine bundesweite (oder eventuell auch europaweite) Messe-Bedarfsplanung für nationale und internationale Groß- und Fachmessen, und wie sehen ggf. diese Bedarfsprognosen aus?

2. Abgeordnete
Dr. Uschi Eid
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sollte es eine solche bundes- bzw. europaweite Bedarfsanalyse nicht geben, warum wurde diese von der Bundesregierung bisher nicht veranlaßt, nachdem in zahlreichen Städten Planungen für neue Messeansiedlungen bzw. den Ausbau bereits existierender Messen bestehen (z. B. neben Stuttgart auch Leipzig, München) und so zu befürchten ist, daß es zu einer erheblichen Überkapazität an (massiv durch öffentliche Gelder geförderten) Messe-Ausstellungsflächen kommen wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

3. Abgeordnete
Heidi Wright
(SPD)

Wie hoch ist nach Angaben der Bundesregierung der Anteil der Fremdfirmen, die zur Waldbewirtschaftung (Pflege-, Fäll-, Rodungs-, Aufforstungs- und Durchforstungsarbeiten) herangezogen werden?

4. Abgeordnete
Heidi Wright
(SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, inwieweit die Sozial- und Sicherheitsstandards durch die Fremdfirmen bzw. deren Subunternehmen gewahrt werden, und wie gedenkt die Bundesregierung im Nichtbeachtungsfall die Einhaltung dieser Sozial- und Sicherheitsstandards zu gewährleisten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

5. Abgeordneter **Peter Dreßen** (SPD)

Haben die Spitzenverbände der Pflegekassen ihren gesetzlichen Auftrag erfüllt, wonach sie ein Pflegehilfsmittelverzeichnis zu erstellen haben, und warum hat der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung im gegenteiligen Falle von seiner Verordnungsermächtigung nach § 78 Abs. 5 SGB XI zur Sicherung der pflegerischen Versorgung keinen Gebrauch gemacht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

6. Abgeordneter **Dr. Helmut Lippelt** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wann und von wem sind die Übungen am 27. April 1995 auf dem Truppenübungsplatz Bergen angeordnet worden, die während der zentralen Gedenkfeier auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Bergen-Belsen anläßlich der Befreiung 1945 und in Anwesenheit von Überlebenden sowie Vertretern von Staaten und Kirchen aus aller Welt sowie des Bundeskanzlers stattgefunden und durch Panzerketten- und Schießlärm die Gedenkfeier empfindlich gestört haben?

7. Abgeordneter **Dr. Helmut Lippelt** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welchen Zweck hatten die Übungen an diesem Tag, und wie beurteilt die Bundesregierung die Respektlosigkeit der Militärs bzw. der politisch Verantwortlichen angesichts dieses Ortes und dieses Anlasses des Gedenkens?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

8. Abgeordnete **Dr. Angelica Schwall-Düren** (SPD)

Welche Maßnahmen, insbesondere im Hinblick auf das von der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit angekündigte Bundesbodenschutzgesetz sind aus Sicht der Bundesregierung notwendig, um einer weiteren Versiegelung von Böden mit ihren nachteiligen Auswirkungen auf die Umwelt effektvoll entgegenzuwirken?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Post und Telekommunikation

9. Abgeordneter
Dr. Hermann Pohler
(CDU/CSU)

Treffen Presseberichte zu, wonach die Kommission der Europäischen Union gegen die Bundesregierung gerichtlich vorzugehen beabsichtigt, weil die Diensterichtlinie hinsichtlich des Sprachtelefondienstes sowie der geschlossenen Benutzergruppen, die eigene Netze betreiben dürfen, nicht ausreichend in deutsches Recht umgesetzt worden sei?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

10. Abgeordneter
Norbert Gansel
(SPD)

Mit welchem Tagesdatum wurde der Bundeskanzler in seiner Ressortverantwortung für den Bundesnachrichtendienst, nachdem er am 19. Juli 1994 wegen des Tengener Zufallfundes von wenigen Gramm radioaktiven Materials einen persönlichen Brief an den russischen Präsidenten geschrieben hatte, davon informiert, daß in München mit Amtshilfe des BND von einem Scheinkäufer des bayerischen Landeskriminalamtes über den Ankauf von mehreren Kilo Plutonium verhandelt wurde, und ist die Antwort der Bundesregierung auf meine Anfrage Nr. 39, Drucksache 13/1162 so zu verstehen, daß daraufhin nichts veranlaßt worden ist?

11. Abgeordneter
Norbert Gansel
(SPD)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über den im Spiegel Nr. 15/1995 auf Seite 45 beschriebenen „deutschen Dunkelmann", der Anfang Juni 1994 im Foyer des Madrider Novotels die Lieferung von Plutonium 239 nach München angeregt haben soll, und kann die Bundesregierung ausschließen, daß es sich dabei um den „Roberto" handelt, der sowohl für den BND als auch für das BKA gearbeitet haben soll?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

12. Abgeordneter
Benno Zierer
(CDU/CSU)

Stimmt die Bundesregierung der Auffassung zu, daß der gesetzlich vorgeschriebene Strafrahmen bei vielen Gewaltdelikten nicht ausreichend ist und in keinem Verhältnis zu den Strafrahmen bei anderen, etwa Vermögensdelikten, steht, und beabsichtigt die Bundesregierung in nächster Zeit eine entsprechende Reform?

13. Abgeordneter
Hans Büttner (Ingolstadt)
(SPD)

Ist die Bundesregierung jetzt bereit, im Deutschen Bundestag vorliegende Anträge, wie den der Fraktion der SPD, zu unterstützen, mit denen Urteile der NS-Wehrmachtsjustiz als Unrecht von Anfang an betrachtet und deren Rechtswirksamkeit aberkannt werden soll, um endlich die Opfer der Wehrmachtsjustiz anständig rehabilitieren zu können, nachdem selbst der Fraktionsvorsitzende der Fraktion der CDU/CSU in einem Interview in der Süddeutschen Zeitung vom 4. Mai 1995 ausgeführt hat, „... Nie wurde die Zerstörungswut des deutschen Diktators offenkundiger als in der Schlußphase des Krieges. Spätestens seit Anfang 1943, als die militärische Niederlage des „Dritten Reiches" feststand, ging es nicht mehr um politisch-strategische Entscheidungen. Mit der ihm eigenen, beispiellosen Menschenverachtung gab Hitler, nachdem sein eigenes Schicksal feststand, Deutschland bewußt der Zerstörung preis ..."?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

14. Abgeordneter
Benno Zierer
(CDU/CSU)

Sind Obdachlose trotz fehlenden Wohnsitzes grundsätzlich sozialhilfeberechtigt, und welche Auflagen der Sozialämter an Obdachlose, die Obdachlose nicht erfüllten, führten nach Kenntnis der Bundesregierung bisher dazu, daß diesen Menschen keine Sozialhilfe gewährt wurde?

15. Abgeordneter
Hans Büttner (Ingolstadt)
(SPD)

Nach welchem System oder welchen Prinzipien gedenkt die Bundesregierung eine am Bedarf ausgerichtete Sozialhilfeleistung zur Sicherung des Existenzminimums festzusetzen, nachdem sie in ihren Antworten zu meinen schriftlichen Fragen 16 und 17 in Drucksache 13/1232 ausdrücklich festgestellt hat, daß sie nicht daran denke, durch gesetzliche Maßnahmen Löhne und Arbeitsbedingungen zu gewährleisten, die das Existenzminimum des Einzelnen sichern?

16. Abgeordneter **Peter Dreßen** (SPD)

Wie beurteilt der Bundesminister für Gesundheit unter dem Gesichtspunkt der Beitragssatzstabilität ein Verzeichnis nach § 40 SGB XI, das Produkte, die sowohl in der Pflege als Pflegehilfsmittel als auch in der gesetzlichen Krankenversicherung als Hilfsmittel zum Einsatz kommen können, nicht mit auflistet und damit diese Sowohl-als-auch-Produkte im alleinigen Zuständigkeitsbereich der gesetzlichen Krankenversicherung beläßt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

17. Abgeordnete **Gila Altmann (Aurich)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sieht die Bundesregierung ihre Aussage, auf europäischer Ebene für die umgehende Abschaffung des „Tour-de-Role-Systemes" zu sorgen, als obsolet an, nachdem die niederländische Regierung ein Binnenschiffahrtsgesetz beschlossen hat, wonach das „Tour-de-Role-System" bis zum 31. Dezember 1999 Bestand haben soll?

18. Abgeordnete **Gila Altmann (Aurich)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Wirksamkeit des Hilfsprogramms über 100 Mio. DM für die deutsche Binnenschiffahrt, nachdem der niederländischen Binnenschiffahrt massive Umstrukturierungshilfen gewährt werden sollen, und ist in diesem Zusammenhang an eine Aufstockung der Mittel für das Hilfsprogramm gedacht?

19. Abgeordneter **Horst Kubatschka** (SPD)

Haben die Gutachter, die kürzlich im Auftrag der bayerischen Staatsregierung Stellungnahmen zum Ogris-Gutachten über Alternativen zum geplanten Ausbau der Donau zwischen Straubing und Vilshofen abgegeben haben, in der Vergangenheit Projekte für die Rhein-Main-Donau-AG durchgeführt, oder waren sie an anderen Projekten beteiligt, die sich mit Fragen der Kanalisierung von Flüssen oder der Anlage von Staustufen beschäftigten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

20. Abgeordnete **Dr. Angelica Schwall-Düren** (SPD)

In Zusammenhang mit vorsichtigen Schätzungen, die den Flächen- und Landschaftsverbrauch innerhalb der Bundesrepublik Deutschland auf ca. 90 Hektar pro Tag beziffern, frage ich die Bundesregierung, ob ihr Erkenntnisse dazu vorliegen, wie hoch der Flächenverbrauch beziffert werden kann für die Bereiche Wirtschaft und Gewerbe, Verkehr (Gleisbau/Straßenbau) und Haus- und Wohnungsbau?

21. Abgeordneter **Wolfgang Behrendt** (SPD)

Wie begründet die Bundesregierung die Tatsache, daß das neu zu errichtende Bundeskanzleramt in Berlin pro Quadratmeter voraussichtlich etwa 14 000 DM kosten wird, und in welchem Verhältnis stehen diese Baukosten zu denen vergleichbarer Gebäude?

22. Abgeordneter **Wolfgang Behrendt** (SPD)

Aus welchen Gründen wirkt die Bundesregierung nicht darauf hin, daß das neu zu errichtende Bundeskanzleramt ein ökologisch zukunftsweisendes Gebäude mit geringem Energieverbrauch und eigener Solarstromproduktion wird?

23. Abgeordneter **Horst Kubatschka** (SPD)

Wurde bei der Konzeption der geplanten Neubauten im künftigen Regierungsviertel in Berlin berücksichtigt, die Fassaden konsequent nach Süden auszurichten und zu öffnen, um damit bis zu 40 Prozent Energie für Wärme und Strom zu sparen und dadurch auch die Vorbildfunktion des Bundes im Bereich energiesparendes Bauen zu dokumentieren?

24. Abgeordneter **Hans Wallow** (SPD)

Sollte eine Mehrheit der Bundesländer beschließen, den Sitz des Bundesrates nach Berlin zu verlegen, ist die Bundesregierung dann bereit, im Sinne des Bonn-Berlin-Beschlusses und der vertraglichen Vereinbarungen für einen wirtschaftlichen und sozialen Ausgleich zu sorgen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

25. Abgeordneter
Dr. Egon Jüttner
(CDU/CSU)

Wo wurden seit der Verabschiedung des deutsch-tschechoslowakischen Nachbarschaftsvertrages mit privater oder staatlicher deutscher Unterstützung deutsche Denkmäler wieder errichtet oder restauriert?

26. Abgeordneter
Dr. Egon Jüttner
(CDU/CSU)

Welche allgemeinen politischen und gesetzlichen Maßnahmen hat die Tschechische Republik seit der Verabschiedung des deutsch-tschechoslowakischen Nachbarschaftsvertrages ergriffen, um in der Tschechischen Republik lebende tschechische Staatsangehörige deutscher Nationalität mit tschechischen Staatsangehörigen tschechischer Nationalität politisch, wirtschaftlich und kulturell gleichzustellen?

27. Abgeordneter
Manfred Such
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Ankündigung des Polizeisprechers von Jakarta, General Ratta, fünf indonesische Regimekritiker – darunter einen wegen seiner Regimekritik aus dem Parlament entfernten Abgeordneten, den Herausgeber einer verbotenen Zeitung sowie eine Studentenaktivistin – verhaften zu wollen, allein weil sie sich während des von Protesten begleiteten Besuchs ihres Staatspräsidenten Suharto in Deutschland ebenfalls hier aufhielten, und wie viele Indonesier sowie Indonesierinnen sind nach Kenntnis der Bundesregierung inzwischen tatsächlich wegen unterstellter Beteiligung an diesen Protesten solchen Maßnahmen in ihrem Heimatland ausgesetzt worden?

28. Abgeordneter
Manfred Such
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inwieweit trifft die Meldung der Frankfurter Rundschau vom 16. Februar 1995 zu, wonach gerade indonesische Sicherheitsbehörden von deutscher Seite übermittelte Videoaufzeichnungen der fraglichen Demonstrationsteilnehmer auswerteten, und wie viele Personendatensätze hat die Bundesregierung der indonesischen Seite insgesamt übermittelt, überlassen und gespeichert?

29. Abgeordneter
Gernot Erler
(SPD)

In welchem Umfang teilt die Bundesregierung die Einwände der amerikanischen Regierung gegen die vorgesehene Lieferung von russischen Leichtwasserreaktoren für den iranischen Standort Buschir?

30. Abgeordneter **Gernot Erler** (SPD)

Welche möglichen Auswirkungen hat nach Auffassung der Bundesregierung der amerikanisch-russische Disput über das iranische Reaktorgeschäft auf die Erfolgschancen der New Yorker NPT-Konferenz (Non-Proliferation Treaty), insbesonders unter Betrachtung von Kapitel IV des Nichtverbreitungsvertrages?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

31. Abgeordneter **Dr. Wolfgang Weng (Gerlingen)** (F.D.P.)

Sieht die Bundesregierung Probleme, Forschungseinrichtungen mit außenpolitischer, vor allem osteuropäischer Zielrichtung, unter dem Aspekt „Bundes- bzw. Länderzuständigkeit" besser zu koordinieren?

32. Abgeordneter **Dr. Wolfgang Weng (Gerlingen)** (F.D.P.)

Welche Schritte hat die Bundesregierung nach 1990 unternommen, um Forschungsinstitute aller Ebenen mit außenpolitischer, vor allem osteuropäischer Zielrichtung, nach der deutschen Einheit neu zu strukturieren, und welche Pläne hat sie dahin gehend für die nähere Zukunft?

33. Abgeordneter **Thomas Krüger** (SPD)

Wann und wie beabsichtigt die Bundesregierung im Rahmen der geplanten Zusammenführung des staatlichen Filmarchivs und des Filmarchivs im Bundesarchiv dem dringend erforderlichen Investitions- bzw. Sanierungsbedarf im Standort Berlin-Wilhelmshagen, der sich sowohl angesichts gravierender Schäden an den Dächern als auch angesichts von Asbestschäden zeigt, beizukommen?

34. Abgeordneter **Thomas Krüger** (SPD)

Welche Zwischenschritte zur Realisierung der beschlossenen Zusammenlegung der Betriebsteile in Koblenz und Berlin plant die Bundesregierung, und welche Maßnahmen wird sie ergreifen, um die personellen Engpässe im Restaurierungs- und Umkopierungsbereich zu beheben?

35. Abgeordneter **Dr. Hermann Pohler** (CDU/CSU)

Wie reagiert die Bundesregierung auf die Entschließung des Bundesrates vom 31. März 1995, daß die neuen elektronischen Dienste und die multimedialen Anwendungen der audiovisuellen Massenkommunikation in die Regelungskompetenz der Bundesländer fallen?

Bonn, den 5. Mai 1995



Druck: Buchdruckerei P. Meier GmbH, Reisertstraße 14, 53773 Hennef (Sieg), Telefon (02242) 6044, Telefax (02242) 83179
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 1320, 53003 Bonn, Telefon (0228) 3820840, Telefax (0228) 3820844
ISSN 0722-8333